OÖ. LANDESVERWALTUNGSGERICHT

4021 Linz / Volksgartenstraße 14
Telefon: +43 732 7075-18004
Fax: +43 732 7075-218018
E-Mail: post@lvwg-ooe.gv.at / www.lvwg-ooe.gv.at

Geschäftszeichen:
LVwG-490649/4/FP

Datum:
Linz, 9. November 2021

IM NAMEN DER REPUBLIK

Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich erkennt durch seinen Richter Mag. Pohl über die Beschwerde von A K, vertreten durch Dr. F M, Rechtsanwalt, x, x, gegen den Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Wels-Land vom 10. Februar 2021, GZ: Pol96-21-2019, betreffend die Abweisung eines Antrags auf Aufschub des Strafvollzugs gemäß § 54a Abs 1 VStG

zu Recht:

I. Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

II. Der Antrag auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung wird als unzulässig zurückgewiesen.

III. Gegen diese Entscheidung ist eine Revision unzulässig.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

I.1. Mit Straferkenntnis der Landespolizeidirektion Oberösterreich vom 4. Dezember 2015, GZ: VStV/915300363549/2015 wurde der Beschwerdeführer (Bf) in Bezug auf sechs Glücksspielgeräte zu Strafen von jeweils 5.000 Euro bzw. jeweils 55 Stunden Ersatzfreiheitsstrafe verurteilt. Die Strafen wurden vom Landesverwaltungsgericht Oberösterreich mit Erkenntnis vom 10. Jänner 2017, GZ: LVwG-411234 auf jeweils 3.000 Euro bzw. jeweils 28 Stunden Ersatzfreiheitsstrafe reduziert.

I.2. Mit Schreiben vom 16. Jänner 2019 übertrug die Landespolizeidirektion Oberösterreich den Strafvollzug auf die belangte Behörde und teilte mit, dass Grund zur Annahme bestehe, dass die Geldstrafe uneinbringlich sei.

I.3. Mit E-Mail vom 28. Mai 2021 stellte der Bf den Antrag, den Strafvollzug der Ersatzfreiheitsstrafe aufzuschieben. Begründend wurde auf das Urteil des EuGH vom 12. September 2019, in den verbundenen Rechtssachen C-64/18, C-140/18, C-146/18 und C-148/18, sowie auf das Vorabentscheidungsverfahren bzw. den Beschluss gemäß § 38a VwGG des VwGH zu Ra 2020/17/0013 verwiesen.

I.4. Mit dem nunmehr angefochtenen Bescheid der belangten Behörde wurde der Antrag des Bf abgewiesen. Begründend wurde von der belangten Behörde nach Darlegung des bisherigen Verfahrensganges auf das Wesentliche zusammengefasst ausgeführt, dass das zugrundeliegende Verwaltungsstrafverfahren rechtskräftig abgeschlossen worden sei und die Ersatzfreiheitsstrafe nunmehr zu vollstrecken sei. Auch der ins Treffen geführte Beschluss des VwGH nach § 38a VwGG stehe der nunmehrigen Vollstreckung der rechtskräftig verhängten Strafen nicht entgegen.

I.5. Dagegen erhob der Bf mit Schriftsatz vom 6. August 2021 Beschwerde und beantragte, das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich möge der Beschwerde die aufschiebende Wirkung zuerkennen, eine mündliche Verhandlung anberaumen, den angefochtenen Bescheid ersatzlos aufheben und erkennen, dass dem Antrag auf Aufschub des Strafvollzugs im Hinblick auf das neue Vorabentscheidungsverfahren (VwGH 27. April 2020, Ra 2020/17/0013) stattgegeben wird, in eventu vom Vollzug der Strafen bis zur unionsrechtskonformen Ausgestaltung der Strafbestimmungen des GSpG abgesehen wird. Beantragt wurde schließlich die Zustellung einer schriftlichen Ausfertigung des Erkenntnisses iSd § 29 VwGVG. Begründend führt der Bf im Wesentlichen neuerlich die angestellten Überlegungen in Bezug auf die Entscheidung des EuGH vom 12.09.2019, C-64/18 u.a. an und stellt in diesem Zusammenhang dar, dass die Vollstreckung der gegenständlichen Strafen nicht rechtmäßig sei. Der Bf vertritt diesbezüglich die Ansicht, dass er einen wichtigen Grund iSd § 54a VStG geltend mache.

Der Antrag auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung wurde im Wesentlichen damit begründet, dass der Bf ohne die aufschiebende Wirkung einen vehementen Eingriff in sein verfassungsgesetzlich gewährleistetes subjektives Recht auf körperliche Freiheit und Unversehrtheit erleiden würde, wodurch dem Bf ein nicht wiedergutzumachender unverhältnismäßiger Nachteil entstehen würde.

I.6. Mit Schreiben vom 22. Oktober 2021 legte die belangte Behörde dem Landesverwaltungsgericht Oberösterreich die Beschwerde samt ihrem Verwaltungsakt zur Entscheidung vor. Eine Beschwerdevorentscheidung wurde nicht erlassen.

II.1. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich hat Einsicht genommen in den vorliegenden Akt. Der festgestellte Sachverhalt ergibt sich vollständig aus diesem sowie dem verwaltungsgerichtlichen Akt mit der GZ: LVwG-411234 (Titelverfahren).

Die öffentliche mündliche Verhandlung entfällt, da der Antrag des Bf vor der belangten Behörde zurückzuweisen war.
Im Ergebnis erweist sich der Antrag des Bf als unzulässig, weil der Bf keinen Sachverhalt gemäß § 54a VStG darlegt, sondern eine vermutete Änderung der Rechtslage in der Zukunft, zudem in Bezug auf andere Sachverhalte als den vorliegenden.

Es handelt sich im vorliegenden Fall zudem um keine unter Art. 6 Abs. 1 EMRK fallende Rechtssache, weil weder ein Verfahren über eine strafrechtliche Anklage, noch über eine Streitigkeit wegen „civil rights“ iSd Art. 6 EMRK bzw. Art. 47 GRC vorliegt. Der Antrag der Bf auf Strafaufschub betrifft den Strafvollzug. Dabei geht es nur um ein Annexverfahren im Verhältnis zum rechtskräftigen Titelverfahren über die Erlassung eines Straferkenntnisses gegen den Bf, das ohnehin den Verfahrensgarantien des Art. 6 EMRK entsprechen musste. Im gegenständlichen Vollstreckungsverfahren zur Umsetzung eines verbindlich gewordenen Straferkenntnisses sind lediglich Rechtsfragen zu beantworten.

II.2. Nachstehender entscheidungswesentlicher S A C H V E R H A L T steht fest:

Mit dem unter Punkt I.1. dargestellten Straferkenntnis in der Fassung des ebendort bezeichneten Erkenntnisses des Landesverwaltungsgerichtes Oberösterreich wurde der Beschwerdeführer (Bf) zu sechs Strafen von jeweils 3.000 Euro bzw. 28 Stunden Ersatzfreiheitsstrafe verurteilt.
[Straferkenntnis, Erkenntnis des LVwG Oö.]

Die Geldstrafen wurden nicht bezahlt und bestand Grund zur Annahme, dass die Geldstrafen uneinbringlich seien. [Schreiben der LPD Oö. vom 16. Jänner 2019; gerichtsbekannter Umstand]

II.3. Beweiswürdigung

Der festgestellte Sachverhalt ergibt sich widerspruchsfrei aus den in Klammern bezeichneten Beweismitteln.

III. Rechtliche Beurteilung

III.1. Rechtsgrundlagen

Gemäß § 54a Abs 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG) 1991 kann auf Antrag des Bestraften aus wichtigem Grund der Strafvollzug aufgeschoben werden, insbesondere wenn 1. durch den sofortigen Vollzug der Freiheitsstrafe die Erwerbsmöglichkeit des Bestraften oder der notwendige Unterhalt der ihm gegenüber gesetzlich unterhaltsberechtigten Personen gefährdet würde oder 2. dringende Angelegenheiten, die Angehörige (§ 36a AVG) betreffen, zu ordnen sind. Nach Abs 2 leg.cit. kann auf Antrag des Bestraften aus wichtigem Grund (Abs 1) auch die Unterbrechung des Vollzuges der Freiheitsstrafe bewilligt werden. Die Zeit der Unterbrechung des Strafvollzuges ist nicht in die Strafzeit einzurechnen.

Gemäß § 54b Abs 1 VStG sind rechtskräftig verhängte Geldstrafen oder sonstige in Geld bemessene Unrechtsfolgen binnen zwei Wochen nach Eintritt der Rechtskraft zu bezahlen. Erfolgt binnen dieser Frist keine Zahlung, kann sie unter Setzung einer angemessenen Frist von höchstens zwei Wochen eingemahnt werden. Nach Ablauf dieser Frist ist die Unrechtsfolge zu vollstrecken. Ist mit Grund anzunehmen, dass der Bestrafte zur Zahlung nicht bereit ist oder die Unrechtsfolge uneinbringlich ist, hat keine Mahnung zu erfolgen und ist sofort zu vollstrecken oder nach Abs 2 vorzugehen. Nach § 54b Abs 2 VStG ist die dem ausstehenden Betrag entsprechende Ersatzfreiheitsstrafe zu vollziehen, soweit eine Geldstrafe uneinbringlich ist oder dies mit Grund anzunehmen ist. Der Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe hat zu unterbleiben, soweit die ausstehende Geldstrafe erlegt wird. Darauf ist in der Aufforderung zum Strafantritt hinzuweisen.

III.2. Unzulässigkeit des vorliegenden Antrages auf Strafaufschub

Im Strafvollstreckungsverfahren nach den §§ 53 bis 54d VStG geht es nicht um ein Strafverfahren iSd Art 6 EMRK, sondern ausschließlich um Fragen des Strafvollzugs. Die §§ 53 bis 54d VStG sind im III. Teil des VStG unter „Strafvollstreckung“ zu finden. Es handelt sich dabei nur um leges speciales zum Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VVG) für die Vollstreckung von Freiheits- und

Geldstrafen. Soweit besondere Regelungen fehlen, ist das VVG heranzuziehen (vgl. mwH *Fister*, in Lewisch/Fister/Weilguni, VStG[2] vor §§ 53 bis 54d Rz 1 und 2/1 [Stand 1.5.2017, rdb.at]).

Der Bf begehrt im Verfahren vor der belangten Behörde den Strafvollzug allfälliger Ersatzfreiheitsstrafen gemäß § 54a Abs 1 VStG aufzuschieben.
Für den Aufschub des Strafvollzugs nach § 54a VStG bedarf es stets eines Antrags des Bestraften, der an die gemäß § 53a leg. cit. zuständige Strafvollzugsbehörde zu richten ist. Dabei müssen die für einen Aufschub geltend gemachten wichtigen Gründe konkret dargelegt und durch entsprechende Beweisanbote untermauert werden. Nur so kann sichergestellt sein, dass die Strafvollzugsbehörde im Rahmen ihrer Ermessensentscheidung die vom Antragsteller geltend gemachten wichtigen Gründe gegen die Strafzwecke entsprechend abwägen kann (vgl. bei *Fister*, in Lewisch/Fister/Weilguni, VStG² § 54a Rz 5 f [Stand 1.5.2017, rdb.at] mwH).

Ein Antrag hinsichtlich der Gefährdung der Erwerbsmöglichkeit [...]nach § 54a Abs 1 Z 1 VStG wurde im gesamten Verfahren nicht gestellt und finden sich diesbezüglich auch in der Beschwerde keine Ausführungen. Auch bezieht sich der Antrag nicht auf die – Angehörige betreffenden – dringenden Angelegenheiten iSd Z 2 des § 54a Abs 1 VStG.

Hinsichtlich der gestellten Anträge auf Strafaufschub im Hinblick auf das neue – mittlerweile erledigte – Vorabentscheidungsverfahren bzw. auf das (zusätzlich in der Beschwerde begehrte) Absehen vom Vollzug der Strafe bis zur unionsrechtskonformen Ausgestaltung der Strafbestimmungen des GSpG ist Folgendes festzuhalten:

Mit den genannten Anträgen dürfte der Bf auf einen Strafaufschub nach § 54a VStG aus einem anderen, in der Aufzählung der genannten Bestimmung nicht enthaltenen, „wichtigen Grund“ abzielen.

Die demonstrative Aufzählung des § 54a Abs 1 VStG enthält Umstände, die jeweils die persönliche Lebensführung des Bestraften betreffen. Ziel eines Antrags gemäß § 54a Abs 1 leg. cit. soll demnach sein, dass durch die Wahl des Zeitpunktes der Vollstreckung der Freiheitsstrafe nicht auf unbillige Weise in die persönliche Lebensführung des Bestraften eingegriffen wird (vgl. *Fister*, in Lewisch/Fister/Weilguni, VStG² § 54a Rz 4 [Stand 1.5.2017, rdb.at] mwH).

Eine vom Bf behauptete Unionsrechtswidrigkeit der im Titelverfahren angewendeten Strafbestimmungen des GSpG stellt allerdings keinen derartigen „wichtigen Grund“ iSd § 54a VStG dar, sondern versucht der Bf, das bereits abgeschlossene Titelverfahren neu aufzurollen, weil er von einer Änderung der Rechtslage auszugehen scheint.

Die angewendeten Strafbestimmungen sind bereits unmittelbar im Strafverfahren selbst – als dem, dem vorliegenden Vollstreckungsverfahren zugrunde liegenden Titelverfahren – auf ihre Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht hin zu prüfen und geprüft worden und ist die Sache C-231/20 vor dem EuGH auch nicht in einer Weise ausgegangen, die den Standpunkt des Bf stützen könnte, weil der EuGH auf das Wesentliche zusammengefasst ausgesprochen hat, dass Art. 56 AEUV Mindestgeldstrafen ohne Höchstgrenze der Gesamtsumme und der Verhängung einer Ersatzfreiheitsstrafe ohne Höchstgrenze der Gesamtdauer nicht entgegensteht, sofern die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt.

Das Vollstreckungsverfahren kann nicht dazu dienen, das zugrundeliegende Strafverfahren nochmals inhaltlich zu überprüfen.

Ein Strafaufschub aus diesem vom Bf vorgebrachten Grund (Änderung der Rechtslage) kann infolge der Rechtskraft der Titelentscheidung daher schon deswegen nicht auf § 54a VStG gegründet werden, weil der Bf damit keine Gründe im Sinne des § 54a VStG vorbringt, sodass sich der Antrag von vorneherein als unzulässig erweist. Durch die abweisende Entscheidung der Behörde ist der Bf allerdings nicht in Rechten verletzt, weshalb seine Beschwerde im Ergebnis abzuweisen ist.

III.3. Antrag der Beschwerde die aufschiebende Wirkung zuzuerkennen:

Die belangte Behörde stellt in der Rechtsmittelbelehrung des vorliegenden Bescheides dar, dass die Beschwerde gegen diesen keine aufschiebende Wirkung hat. Diese Rechtsmittelbelehrung ist falsch, hat aber im Ergebnis keine Auswirkungen auf die Rechte des Bf, hat diesen aber offenbar dazu veranlasst, die Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung zu beantragen.

Einer (rechtzeitigen und zulässigen) Beschwerde iSd Art. 130 Abs 1 Z 1 B-VG kommt gemäß § 13 Abs 1 VwGVG per se aufschiebende Wirkung zu. Schon aus diesem Grund, erweist sich ein gesonderter Antrag auf Zuerkennung vorliegend als unzulässig.

Der aufschiebenden Wirkung sind allerdings faktisch dahingehend Grenzen gesetzt, als die aufschiebende Wirkung des Rechtsmittels niemandem eine Rechtsposition einzuräumen vermag, die er vorher nicht innehatte (*Hengstschläger/Leeb,* AVG § 64 (Stand 1.7.2007, rdb.at) Rz 24 mwN).

Die vom Bf beantragte „Zuerkennung“ der aufschiebenden Wirkung in Bezug auf die in Rede stehende Bescheidbeschwerde (Art. 130 Abs 1 Z 1 B-VG) kommt insofern nicht in Betracht, weil der Beschwerde ohnehin aufschiebende Wirkung zukommt.

In einer Konstellation wie der Vorliegenden kann diese allerdings keine für den Bf spürbare Wirkung entfalten.

Im vorliegenden Fall beantragte der Bf den Aufschub des Strafvollzugs. Dieser Antrag wurde von der belangten Behörde abgewiesen. Die aufschiebende Wirkung der Beschwerde könnte dem Bf aber ohnedies keine Rechtsposition einräumen, die ihm schon vorher nicht zugekommen ist. Das Vorliegen einer aufschiebenden Wirkung bedeutet nicht, dass der Strafaufschub – bis zur endgültigen Entscheidung durch das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich – wirksam gegeben ist, weil dafür keine Rechtsgrundlage (ein bewilligender Bescheid) vorliegt. Ein Antragsteller kann die angestrebte Bewilligung nicht auf Grund der aufschiebenden Wirkung des Rechtsmittels gegen den Ablehnungsbescheid erhalten.

Der Antrag ist daher als unzulässig zurückzuweisen.

Zudem ist die belangte Behörde neuerlich auf die diesbezügliche Unrichtigkeit ihrer Rechtsmittelbelehrung, die offenbar Vollstreckungsverfügungen entlehnt ist (Gemäß § 10 Abs 2 VVG hat die Beschwerde beim Verwaltungsgericht gegen die Vollstreckungsverfügung keine aufschiebende Wirkung), hinzuweisen.

IV. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist unzulässig, weil die Rechtslage zu den angewandten Normen klar und eindeutig ist. Die Frage, ob im gegenständlichen Fall ein Aufschub des Strafvollzugs aus wichtigen Gründen zu gewähren ist, warf keine über den Einzelfall hinausgehenden Rechtsfragen auf.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen diese Entscheidung besteht innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof und/oder einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof. Eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist unmittelbar bei diesem einzubringen, eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich. Die Abfassung und die Einbringung einer Beschwerde bzw. einer Revision müssen durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. eine bevollmächtigte Rechtsanwältin erfolgen. Für die Beschwerde bzw. Revision ist eine Eingabengebühr von je 240 Euro zu entrichten. Sie haben die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht

mehr erhoben werden kann. Ein Verzicht ist schriftlich bekanntzugeben oder zu Protokoll zu erklären. Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.

H i n w e i s

Verfahrenshilfe ist einer Partei zur Gänze oder zum Teil zu bewilligen, wenn die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint.
Einer juristischen Person oder einem sonstigen parteifähigen Gebilde ist die Verfahrenshilfe zu bewilligen, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder von ihr/ihm noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können, und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint; das Gleiche gilt für ein behördlich bestelltes Organ oder einen gesetzlichen Vertreter, die für eine Vermögensmasse auftreten, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder aus der Vermögensmasse noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können.

Für das Beschwerdeverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.

Für das Revisionsverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Im Antrag ist, soweit zumutbar, kurz zu begründen, warum die Revision entgegen dem Ausspruch des Verwaltungsgerichtes für zulässig erachtet wird.

Landesverwaltungsgericht Oberösterreich

Mag. Pohl